

BFF-BIG-Fraktion - Mitteilung 10-2022

Klima-Extremisten bringen Radfahrer zum Sturz **BFF-BIG: Schweigen des Magistrats ist ein Skandal**

Bereits Anfang dieser Woche hat die BFF-BIG-Fraktion in einer Mitteilung deutlich gemacht, dass die selbsternannten „Klima-Aktivisten“ der „Letzen Generation“ mit ihren kriminellen Aktivitäten das Gemeinwohl in unserer Stadt gefährden.

Am Morgen des Gründonnerstags ist jetzt ein Fahrradfahrer an der Untermainbrücke Opfer dieser Machenschaften geworden und auf einer ölartigen Flüssigkeit, die die Klima-Extremisten dort aufgebracht hatten, gestürzt. Die betreffende Person musste zur Abklärung der Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden.

Die BFF-BIG-Fraktion im Römer verurteilt diese kriminellen Handlungen daher erneut auf das Schärfste und fordert vom Magistrat und den Ordnungsbehörden nicht nur ein entschiedenes Vorgehen gegen die selbsternannten „Klimaschützer“, sondern auch eine eindeutige Stellungnahme und Verurteilung dieser rechtswidrigen Aktionen durch die Politik.

„Das Schweigen des Magistrats ist ein Skandal.“, so der BFF-BIG-Fraktionsvorsitzende Mathias Pfeiffer, der fordert: „Eine stillschweigende Duldung dieser Aktionen darf es nicht geben, sondern sie müssen auch und gerade von den politisch Verantwortlichen in unserer Stadt auf das Schärfste verurteilt werden.“

Sein Kollege Haluk Yildiz, sicherheitspolitischer Sprecher der BFF-BIG-Fraktion, hatte schon vor zwei Tagen deutlich gemacht, dass die Aktionen der Initiative „Letze Generation“ nichts mit Demokratie und dem Recht auf freier Meinungsäußerung zu tun haben, sondern die Tatbestände der Nötigung, des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr sowie des Hausfriedensbruchs und der Sachbeschädigung erfüllen.

Dass jetzt ein Mensch dadurch auch körperlich zu Schaden gekommen ist, bedauern die BFF-BIG-Stadtverordneten zutiefst und wünschen dem Betroffenen auf diesem Weg eine rasche Genesung. „Jetzt muss von Seiten der Sicherheitsbehörden, der Justiz und auch der Politik alles dafür getan werden, dass durch solche hirnlosen Aktionen nicht noch weitere Menschen Schaden nehmen.“, so deren eindringliche Forderung.

Frankfurt am Main, 14. April 2022